

Predigt zum Reformationstag 2025 in der evangelischen Auenkirche Berlin

Wieder einmal – und wie oft schon – haben wir die Seligpreisungen aus der Bergpredigt gehört. Eine Gewohnheit, eine schöne zwar, die Routine der Wiederholungen ...

Die uns vielleicht das Anstößige, das Außerordentliche, das Herausfordernde des Textes nicht mehr wahrnehmen lassen?

Aber: In den Seligpreisungen ist die ganze Bergpredigt enthalten – soll ich gar sagen: das ganze Kontrastprogramm des christlichen Glaubens! Das Kontrastprogramm zur wirklichen Welt des Bösen, der Armut und der Ungerechtigkeit, der Verfolgung und der Kriege.

Ist die Bergpredigt deshalb ein schöner, aber doch naiver Idealismus? Man könne mit der Bergpredigt keine Politik machen, so heißt es immer wieder. Zu Recht?

Gewiss, die Bergpredigt, zumal die Seligpreisungen, sie ist Einspruch und Widerspruch, ist Trost (aber nicht Vertröstung), ist Sehnsucht und Hoffnung und Verheißung! Deshalb ist sie ein so zentraler, immer wieder neu zu vergegenwärtigender Text des Evangeliums.

„Das ist eine der Schönheiten des Christentums, dass es uns nicht erlaubt gebannt zu sein in eine Gegenwart, in der die Lahmen noch nicht tanzen und in der die Tyrannen noch nicht von ihren Thronen gestürzt sind“ so hat es wunderbar treffend Fulbert Steffensky (der evangelisch-katholische Theologe) geschrieben.

Aber wir sind ja nicht nur Zukünftige, sondern Heutige und haben – zu unserem Glück – die Verheißungen der Bergpredigt im Rücken und haben sie doch auch vor uns: als Aufforderungen, als Ermutigungen.

Ich, der Nicht-Theologe, der Ex-Politiker, nehme die Preisung der Armen und Leidtragenden, der nach Gerechtigkeit Hungernden und Barmherzigen zum Anlass, zu Ihnen heute ganz

nüchtern über Solidarität zu sprechen. Über Solidarität als eine der möglichen Übersetzungen, als eine der politischen Übersetzungen dessen, was die Bergpredigt meint.

Ist Solidarität in unserer Gesellschaft so selbstverständlich, wie wir es uns wünschen und gutmeinen? Und wie wird sie verstanden und gelebt? Warum ist sie notwendig, ja wird vielleicht noch notwendiger?

Wir erleben gegenwärtig in unserem Land zunehmende kulturelle Differenzen und Wahrnehmungsspaltungen. Diese sind beunruhigender als die für eine pluralistische Gesellschaft charakteristischen Differenzen der Interessen und Meinungen und sozialen Lagen. Das macht die Verständigung darüber wichtig, was uns Menschen als Verschiedene miteinander verbindet. Was gemeinsam und verbindlich ist in den Vorstellungen von Menschenwürde, von Freiheit, von Gerechtigkeit und eben von Solidarität. Über die möchte ich nun sprechen.

Solidarität ist der Begriff, der von der Grundwerte-Trias Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität, auf die sich doch alle Demokraten berufen, als der am wenigsten definierbare, der unpräziseste Begriff erscheint. Tatsächlich ist Solidarität ein höchst farbiger, ein schillernder Begriff, angefüllt mit viel Emphase und Pathos, ein die Herzen erwärmender Begriff. Das gilt sicher auch für uns Christen (ob Nächstenliebe genau dasselbe meint wie Solidarität...?). Das gilt zumal auch für Ostdeutsche und deren Überlebenserfahrung in einer Diktatur und Mangelgesellschaft, in der Alltagssolidaritäten so wichtig waren, an die ich mich auch gerne erinnere. Das gilt wohl auch für das Bürgertum insgesamt, seit Brüderlichkeit ein Losungswort der französischen Revolution geworden war. „Alle Menschen werden Brüder ...“, so idealistisch hören wir es zu jedem Jahreswechsel.

Vergegenwärtigen wir uns, wofür Solidarität in Anspruch genommen wird, wie viele Solidaritäten es gibt, welche verschiedene Achsen von Solidarität: Familien-, Gruppen-, Klassen-Solidarität, nationale und globale Solidarität, Solidarität mit den Toten und den Opfern, Solidarität mit den künftigen Generationen und mit der Natur usw. usf.

Wie oft wurden und werden Solidaritäten gegeneinander ausgespielt!

Solidarisch mit wem? Das war und ist offensichtlich eine der Grundfragen aller Solidaritäts-Diskurse und auch der Gefühlswelten des Solidarischen. Ein besonders schönes und sehr altes Beispiel dafür ist das Gleichnis vom barmherzigen Samariter im Neuen Testament. Dessen überzeugendste Lesart lautet: Nicht wer ist mein Nächster, ist die eigentliche Frage, sondern wem habe ich der Nächste zu sein. Wem schulde ich Solidarität? (Der amerikanische Vize-Präsident musste neulich vom neuen Papst an diese Lesart erinnert werden.)

Was alles verbindet sich mit dem Begriff der Solidarität! Er meinte ja sowohl eine Tugend, eine moralische Verpflichtung, die Bereitschaft, auch über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, überhaupt soziale Gesinnung und Hilfsbereitschaft. Solidarität wird verstanden und gepriesen als die Kraft, die gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftet. Und sie ist vor allem ganz praktisches Handlungsfeld.

In allen Emanzipationsbewegungen wird Solidarität beschworen, ist sie Kampfbegriff, das Leitwort schlechthin. In ihm wird ein Bedürfnis, ein die jeweilige Gegenwart überschreitende Sehnsucht artikuliert.

Die lebensweltliche Basis von Solidaritäts-Erfahrung und -Bewusstsein, das waren ja ursprünglich und lange Zeit der gemeinschaftliche Arbeitsalltag, die industrielle Produktion und klare soziale und politische Gegnerschaften und Klassenunterscheidungen. Die Produktions- wie die sozialen Verhältnisse sind inzwischen unübersichtlicher geworden, die Prozesse der Individualisierung befördern nicht mehr und nicht von selbst Solidaritätserfahrungen. Von dem Philosophen Jürgen Habermas habe ich die Bemerkung in Erinnerung, auch Solidarität sei eine knappe Ressource. Ja. Und sie wird eifrig in Anspruch genommen und verbraucht. Wer eigentlich sorgt für ihr Nachwachsen? Das ist – in Zeiten von Krisen und politischen Polarisierungen und vermutlich härter werdenden materiellen Verteilungskonflikten und auch von Kulturkämpfen – eine nicht ganz flott zu beantwortende Frage.

Aber ich will gar nicht pessimistische Töne anstimmen. Wir sehen ja, wieviel solidarische Kraft und Kräfte in unserem Land vorhanden sind, sichtbar in der staunenswerten Spenden- und Hilfsbereitschaft bei Naturkatastrophen hierzulande und in fernen Weltgegenden. Es gibt sie also, sowohl die nationale wie die internationale Solidarität! Ich erinnere gerne auch an den „Aufbau Ost“, den Soli, zwar mürrisch gewährt, aber immerhin ... Ich erinnere an die

„Willkommenskultur“ von 2015, an die Begeisterung damals und ihr allmähliches aber doch nicht ganz vollständiges Entschwinden. Und ich erinnere an die Solidarität mit der Ukraine.

In den letztgenannten Beispielen zeigen sich allerdings auch Spaltungen und Grenzen der Solidaritätsbereitschaft. In außerordentlichen, dramatischen Situationen (sofern die Dramatik medial transportiert wird) ‚funktioniert‘ Solidarität. Kein Grund also zur Klage über eine allgemeine Entsolidarisierungstendenz. Im sozialen Nahbereich, im Handlungsraum persönlicher Solidarität, zumal in Familienstrukturen wird sie ganz selbstverständlich gelebt. Und darüber hinaus? Da wird der Einzelne entlastet, da ist Solidarität delegiert – an den Sozialstaat. Der ist der eigentliche politische Handlungsraum solidarischer Praxis. Also reden wir über ihn (und ich tue es durchaus pathetisch).

Der Sozialstaat ist die organisierte und politisch verbürgte Solidarität zwischen den Starken und Schwachen, den Jungen und Alten, den Gesunden und Kranken, den Arbeitenden und Arbeitslosen, den Nicht-Behinderten und Behinderten. Mit seinen großen Pflichtversicherungen hat er Solidarität institutionalisiert. Der Sozialstaat verwandelt den Schwachen, Kranken, Alten, Armen von einem Objekt gewiss löblicher Mildtätigkeit und individueller Solidarität in ein Subjekt von Rechtsansprüchen und behandelt ihn damit seiner Menschenwürde gemäß (sofern ihn eine Sozialstaatsbürokratie nicht wieder zum Bittsteller macht).

Dieser Sozialstaat ist eine wahrlich historische Errungenschaft und eine große europäische Kultur-Leistung, an der auch die Christen kräftig mitgewirkt haben! Und diese Errungenschaft unterscheidet unseren Kontinent sichtbar von anderen Teilen des Globus. (Schauen Sie in die USA oder nach China, erfolgreiche Wirtschaftsnationen ohne Sozialstaat.)

Der Sozialstaat mit seinen Arrangements an Verpflichtungen und den Umfang seiner Leistungen lebt aber von der grundsätzlichen Bereitschaft (und ebenso der Fähigkeit) der Bürger, ihn zu tragen, also auch zu finanzieren. Dafür bedarf es der demokratischen Mehrheiten nicht nur im Parlament, sondern in der Bürgergesellschaft insgesamt. Der Sozialstaat mit seinen Institutionen erzeugt diese Bereitschaft nicht von selbst. Seine normative Begründung, seine ‚ethische Vernünftigkeit‘ muss immer neu vitalisiert werden, gerade in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen und Finanznöten.

Genau so wichtig ist: Umfang, Angemessenheit und Effektivität seiner Leistungen müssen überzeugen und deren Finanzierung muss als gerecht empfunden werden. Das allerdings ist immer wieder im Streit. Wir erleben es gerade. Die heftige Debatte ums Bürgergeld, um das Renteneintrittsalter, um die künftige Höhe der Beiträge und den Umfang der Subventionierungen aus dem Bundeshaushalt – das ist Streit um verpflichtende Solidarität, um Solidarität als Pflicht. Diese ist Gegenstand verschärfter politischer Verteilungskonflikte. Der Etat des Arbeits- und Sozialministeriums ist mit Abstand der größte Einzeletat des Bundes. Die Belastung des einzelnen Bürgers und der Unternehmen durch Sozialbeiträge ist hoch. Gewiss. Ist sie zu hoch? Ist der deutsche Sozialstaat zu fett geworden? Müsste der Einzelne nicht deutlich mehr Verantwortung für seine Daseinsvorsorge übernehmen? Bedarf es gar einer deutlichen Entstaatlichung von Solidarität?

Der – wohl unvermeidliche – Streit über Grenzen und Begrenzungen des Sozialstaats sollte allerdings geführt werden im Wissen um die Grenzen und Begrenzungen dessen, was den unterschiedlichen Einzelnen an Solidarität abverlangt werden kann! Breite Schultern können mehr tragen als schmale.

Ich beobachte folgendes: Für viele Menschen gilt: Man ist gerne solidarisch, aber bitte freiwillig, spontan, nach eigenem Geschmack, auf einen konkreten Anlass und eher den sozialen Nahbereich bezogen. Dauerhafte, gar verpflichtende Solidarität darüber hinaus hat man delegiert, sie ist Sache des Sozialstaats (für den man ja auch zahlt). Sobald persönliche Solidarität in den Geruch von Verpflichtung gerät, den Charakter von Pflicht annehmen soll, nehmen Ablehnung und Abwehr zu.

Ich erinnere an Erfahrungen aus der Zeit der Corona-Pandemie, an den immer noch nicht beendeten Streit um Einschränkungen und verpflichtende Regeln solidarischen Verhaltens. Ich erinnere auch an die harschen Reaktionen auf den Vorschlag einer sozialen Pflichtzeit, den der Bundespräsident gemacht hat. Da war und ist zu hören, das Pflicht gleich Zwang sei und bevormundenden Charakter habe, ein Angriff auf die persönliche Freiheit.

Nicht der Streit war und ist ärgerlich, er gehört zu einer offenen Demokratie. Ich habe auch nichts gegen die kritische Debatte möglicher Fehler bei den damaligen Maßnahmen. Mich irritiert aber, die ideologische Überhöhung in dem Streit und die Heftigkeit von Ablehnung solidarischer Pflichten.

Sichtbar wird, so meine ich (vermutlich überempfindlich), ein durchaus problematisches Freiheitsverständnis. Autonomie, und zwar verstanden als individuelle Selbstverwirklichung, gilt ja irgendwie als der höchste Wert unserer Gesellschaft. Regisseur des eigenen Lebens zu sein, das ist ein schönes Bild dafür und ein verräterisches. Die Anderen, die Mitmenschen, sind dann wohl die Assistenten, gar die Statisten meiner Lebensregie. Freiheit bekommt auf diese Weise Fetischcharakter, als sei sie Eigentum und wird so zum Gegenstück des Sozialen, zum Widerpart von Solidarpflichten.

Gewiss ist der Prozess der Individualisierung ein großer zivilisatorischer Fortschritt, ein Gewinn an subjektiver Freiheit, kodifiziert in den Grund- und Menschenrechten. Aber als Siegeszug der „Singularitäten“ (wie es der Soziologe Andreas Reckwitz genannte hat) zeigt dieser Prozess seine durchaus problematische, vielleicht gar pathologische Rückseite: Die steigenden Selbstverwirklichungsansprüche richten sich gegen die Solidargemeinschaft, den demokratischen Sozialstaat, von dem man immer mehr verlangt, der als Dienstleister meiner Ansprüche gefälligst zu funktionieren hat und den man zugleich verachtet, weil er die geradezu autoritären Erwartungen nicht befriedigen kann.

Was mich ärgert, ist die tiefe Politik- und Sozialvergessenheit eines grassierenden, oberflächlichen Freiheitsverständnisses. Ist das Herunterdimmen von Freiheit zu einem Ausdruck von Befindlichkeiten, von Identitätsansprüchen gegen andere? Wie wollen wir mit einem solchen individualistischen und entsolidarisierenden Freiheitsverständnis die vor uns liegenden dramatischen Herausforderungen meistern?

Es wäre doch gut, wir würden diesen egozentrischen Freiheits-Narzissmus überwinden und begreifen, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören. Dass Freiheit ohne die Regeln und Beschränkungen des Solidarischen zur blanken Rücksichtslosigkeit, zum Recht des Stärkeren wird. Aleida und Jan Assmann, das weise Forscherpaar, haben es in ihrem letzten gemeinsamen Buch sehr pointiert formuliert: Die europäische Erfindung des autonomen, singulären Individuums ist eine eitle Selbstüberschätzung der Moderne, aus der man Luft ablassen kann, um dafür die Idee des dialogischen Mitmenschen, des solidarischen Miteinanders zu stärken. Darum muss es uns gehen: den „Hier- und Jetzt-und-sofort-Egoismus“ hinter uns zu lassen!

Wir Bürger dieses Landes bedürfen der - vielleicht schmerzlichen - Einsicht, dass Leben in Freiheit nicht identisch ist, nicht identisch sein muss mit andauerndem wirtschaftlichem Wachstum und ständiger Wohlstandmehrung! Und dass individuelle Selbstverwirklichung angesichts der Bedrohung durch Krieg und Klimakatastrophe möglicherweise zweitrangig, jedenfalls nicht der einzige Maßstab sein könnte für gelingendes Leben. Von dem Philosophen Peter Sloterdijk stammt die bissige Bemerkung: „Es scheint, wir westliche Menschen sterben lieber, als auf Selbstbestimmung und Überfluss zu verzichten“. Selbsterhaltung des Menschen, also der Menschheit, kann nur als gemeinschaftliches, solidarisches Projekt gelingen. Das ist die notwendige wie ernüchternde Einsicht, vor der wir uns nicht mehr drücken sollten. Sie macht Solidarität so wichtig, so unersetzlich.

Die Bergpredigt, zumal die Seligpreisungen, sie ermuntern uns dazu, sie verpflichten uns zu Solidarität!